Werk

Titel: Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik

Ort: Tübingen

Jahr: 1911

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345616871_0067|log81

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFTSPOLITIK.

Dritter Artikel[1]).

Von

GUSTAV COHN.

I.

Die wenigen Worte, die ich unter obigem Titel in dem ersten Artikel an die Schrift von Adolf Weber über »die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft« geknüpft, haben meinen Wunsch, dadurch zur Verständigung beizutragen, zwar soweit erreicht, als es sich um den nächstbeteiligten, nämlich den Verfasser ener Schrift handelte. Indessen ist aus dem gegnerischen Lager ein minder versöhnlicher Kämpfer erstanden, der vorzugsweise das Trennende betont und das Versöhnende bei Seite setzt. Es ist eine Art von unbequemer Konsequenz, daß ich auf den folgenden Blättern in Kürze von diesem Mißerfolge berichten und einige kritische Bemerkungen daran knüpfen muß, obwohl ohne Hoffnung auf einen größeren Erfolg, soweit es sich um den einen Gegner handelt.

Der Versuch, zur Verständigung beizutragen, war ja schwierig. Wer einigen guten Willen zum Verständnis oder einige Kenntnis von den individuellen Verschiedenheiten, ja Gegensätzen innerhalb des Kathedersozialismus hat, wird einen solchen Versuch leicht überhaupt ablehnen. Ein etwas näherer Blick in die Literatur, die nun vierzig Jahre alt ist, belehrt auch denjenigen, der den Lebenslauf des »Vereins für Sozialpolitik« oder des »Kathedersozialismus« nicht mitgemacht hat, die Richtungen unseres Faches,

1) Vgl. in dieser Zeitschrift 1910 S. 1—40; S. 445—461.

die Erlebnisse daran, die z. T. nicht gedruckt, aber desto öfter mündlich erörtert worden sind, — er belehrt ihn, daß die Linien des Gemeinsamen, die eine solche Darstellung ziehen will, entweder zu lose oder zu straff ausfallen müssen, weil das Trennende zu stark, das Gemeinsame zu schwach ist. Andererseits hat der im ganzen herrschende Ton in diesem Kreise, der ein anderer als der Ton der neuen Richtung ist, vielerlei mit einem schamhaften Schleier verhüllt, was aufzudecken mindestens nicht die Pflicht der Alten und Ältesten sein kann. Nur so viel darf angedeutet werden (und ich habe es früher schon getan), daß in vielen erheblichen Fragen eine Gesinnungsgemeinschaft darum nicht angenommen werden durfte, weil die Kollegialität, die gute Sitte, die Freundschaft das Schweigen erzwang.

So ist auch die Abwehr der neuen und sehr viel schärferen Angriffe (zu denen wider Willen mein Aufsatz sichtbar beigetragen hat) eine mühselige und notdürftige. Ich will aber doch einiges wenige sagen, nachdem ich zuvor den Autor[1]) habe zu Worte kommen lassen.

II.

Der wissenschaftliche Kampf gegen den Kathedersozialismus darf nicht, wie das bisher meist geschehen ist, in der Weise geführt werden, daß man seine wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen für unberechtigt erklärt und ihnen andere entgegensetzt. Wer so handelt, der verfällt in denselben Fehler wie der Kathedersozialismus selbst; er treibt Politik statt Wissenschaft. Nicht darum handelt es sich etwa, daß wir künftig mehr der Sozialreform feindliche Nationalökonomen an Stelle der kathedersozialistischen bekommen, oder mehr freihändlerische an Stelle der schutzzöllnerischen Nationalökonomen, sondern einzig und allein darum, daß der akademische Nationalökonom die Grenzen seiner Wissenschaft besser kennen lernt und darauf verzichtet, politische Urteile und politische Forderungen mit der usurpierten Approbation der Wissenschaft versehen in Umlauf zu setzen, wie das heute in großem Umfange geschieht. Es handelt sich nicht darum, das Leben zu reformieren, sondern darum, die Wissen-

1) Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Politik und nationalökonomischer Wissenschaft von *Ludwig Pohle*, Professor der Staatswissenschaften in Frankfurt a. M. Leipzig 1911.

schaft zu reformieren. Die Erkenntnis soll in der Nationalökonomie allgemein werden, daß die Wissenschaft mit den politischen Gesichtspunkten, die die Führer des Kathedersozialismus in die Volkswirtschaftslehre eingeführt haben, gar nichts zu tun hat. Die politisch-moralischen Gesichtspunkte sind ein Fremdkörper im Reiche der Wissenschaft und zwar ein äußerst gefährlicher Fremdkörper.

Das Wesen der Kritik, die der Kathedersozialismus übt, hat mit dem Geiste echter Wissenschaftlichkeit nichts zu tun, sondern läuft auf eine Vermengung von Politik und Wissenschaft hinaus. In der Theorie findet der kritische Standpunkt vor allem darin seinen Ausdruck, daß die Zustände im gegenwärtigen Wirtschaftsleben nicht einfach so, wie sie sind, aus ihren Bedingungen heraus dargestellt werden, sondern daß die Darstellung verquickt ist mit einer Beurteilung vom Standpunkte eines bestimmten Ideals aus. Die Darstellung dessen, was ist, geht unvermerkt über in die Darlegung dessen, was sein sollte. In dem theoretischen Teil tritt dieses Verfahren vor allem zutage bei der Erörterung der Einkommensverteilung. In der praktischen Volkswirtschaftslehre äußert sich die Verwendung der idealen Gesichtspunkte in zahlreichen wirtschaftspolitischen Forderungen. Eine Vorlesung über praktische Nationalökonomie ist gegenwärtig gewöhnlich zugleich eine Sammlung von Rezepten für Eingriffe der Gesetzgebung und Verwaltung in die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens. Diese Forderungen sind aber niemals rein wissenschaftlich begründet, sie sind immer zugleich das Produkt einer ethischen Ueberzeugung. So u. a. die Erörterung der Frage des Schutzzolles und des Freihandels.

Die wissenschaftliche Erörterung der Probleme der Wirtschaftspolitik hat sich auf die Aufgaben zu beschränken: 1. die Schilderung der Entstehung der einzelnen Probleme, 2. die Untersuchung der Folgen, 3. die Darlegung der allgemeinen politischen und moralischen Prinzipien und Ideale, von denen aus die wirtschaftspolitischen Parteien und Ideenrichtungen dazu gelangen, die Wirkungen einer Maßregel als dem Gemeinwohl nützlich oder schädlich zu betrachten. In diesem Zusammenhange gehören auch sittliche Werturteile und politische Ideale in die nationalökonomische Wissenschaft. Der akademische Nationalökonom soll sich der direkten Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen nach Möglichkeit enthalten. Bei Fragen der Schul- und

Kirchenpolitik und ähnlichem mehr ist es schon etwas anders; denn diese hat der Nationalökonom nicht von Berufs wegen zu behandeln. Als Vertreter der Wissenschaft darf der akademische Nationalökonom eigentlich gar kein Interesse daran haben, daß nur eine bestimmte Art der Wirtschaftspolitik im Leben verwirklicht werde. Vom rein wissenschaftlichen Standpunkte muß er wünschen, daß möglichst viele verschiedene Experimente angestellt werden, daß etwa jede Gemeinde eine andere Art der Boden- und Wohnungspolitik treibe, weil er dann die Wirkungen der verschiedenen Maßregeln am besten beobachten kann. Auch die Wirtschaftspolitik seines eigenen Vaterlandes soll er möglichst ohne direkte innere Anteilnahme mit demselben kühlen, rein wissenschaftlichen, nur auf die Erkenntnis der Ursachen und Wirkungen gerichteten Interesse verfolgen, mit dem der Naturforscher die Einrichtungen in einem Bienenstaat untersucht.

Der Kampf um die Methode dreht sich bei den Kathedersozialisten nicht so sehr um sie selbst, als um die mit ihrer Hilfe gewonnenen Ergebnisse; die scheinbar wissenschaftlichen Bedenken des Historismus und Kathedersozialismus gegen die Methode der klassischen Nationalökonomie und gegen die Annahme von Naturgesetzen im Wirtschaftsleben gehen auf politische Gründe zurück. Die Ergebnisse der älteren Nationalökonomie mit Hilfe ihres überwiegend deduktiven Verfahrens wurden als ein Hindernis für die geforderten Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben empfunden. Darum liegt in dem ganzen Kampfe gegen die klassische Methode eine gewisse Unehrlichkeit.

III.

Dieses der wesentliche Inhalt der neuen Schrift. Zur Kritik derselben möchte ich teils die Darlegungen meines ersten Artikels ergänzen, teils im Einzelnen, zumal auf Angriffe des Verfassers gegen mich, antworten.

Man sieht, daß er die moralisch-politische Selbstentäußerung des Lehrers unsrer Wissenschaft (des »akademischen Nationalökonomen«) furchtlos bis zur äußersten Spitze getrieben haben will. Selbst das Hineinragen der sittlichen Pflichten des Staatsbürgers und Gemeindebürgers in die Pflichten der reinen Forschung will er zurückweisen. Erst durch diese Enthaltung (oder Entmannung) macht sich der Forscher frei von den seinen Wahrheitstrieb störenden Elementen der sittlich-praktischen Welt. Die For-

derung erinnert mich an einen Fall, der sich in Zürich zutrug während der Tage, da die Entscheidung zwischen Preußen und Oesterreich über die Zukunft Deutschlands im Juni des Jahres 1866 auf des Messers Schneide stand. Ein Professor der Geschichte wurde gefragt, wie er über den Streit der beiden Mächte denke, und seine Antwort war: »Darüber kann ich als Historiker erst dann urteilen, wenn dieser Streit der Geschichte angehört«. Was der Historiker im Sinne methodischer Gründlichkeit tat, das soll fortan der akademische Nationalökonom im Dienste strenger Wissenschaftlichkeit tun. Denn er soll keine Urteile abgeben, die er nicht zwingend beweisen kann. Ich kann mir etwa vorstellen, daß irgend einmal ausnahmsweise ein solcher akademischer Nationalökonom sich ereignen könnte. Und wenn er mir vorkäme so würde ich ihn als eine Kuriosität bewundern, aber beneiden würde ich ihn nicht. Es ist in hohem Maße unwahrscheinlich (und wenn die Krisis in der deutschen Volkwirtschaftslehre selbst über Frankfurt a. M. und umliegende Ortschaften hinaus ihre Kreise ziehen sollte), daß jemals solche Exemplare von reinen Forschern in größerer Zahl vorkommen sollten. Es würde auch (im Sinne dessen, was ich früher gesagt habe) eine Aufopferung für einen vergeblichen Zweck sein. Denn einmal ist das, was bei gebührender Ausscheidung des ethisch-politischen Gebietes übrig bleibt an unerschütterlich beweisbaren, »objektiven« Wahrheiten, die uns für die unbeweisbaren, »subjektiven« Wahrheiten entschädigen sollen, so geringfügig, daß Meister und Schüler hier abermals im Durste liegen würden. Zweitens ist die sittlich-staatsbürgerliche Enthaltung des Gelehrten in jedem Sinne ein Verlust — ein Verlust an seiner Persönlichkeit, ein Verlust am Dienste für das Gemeinwesen durch die Kenntnisse, die er vor vielen Anderen voraus hat. Daß eine praktische Parteinahme für links oder rechts der fraglichen wirtschaftspolitischen Maßregeln die Unbefangenheit des Forschers beeinflußt, ist eine nicht zu bestreitende Gefahr. Aber der Verfasser selber ist es, der unter Berufung auf Schopenhauer die Gefahr betont, die auch der reinen Forschung droht (»eine abgefaßte Hypothese gibt uns Luchsaugen für alles sie Bestätigende, und macht uns blind für alles ihr Widersprechende«), unabhängig von praktischen Tendenzen. Das Heilmittel gegen beides ist die wissenschaftliche Zucht jedes einzelnen Forschers und der Kampf der verschiedenen Forscher um die Erringung der Wahrheit.

Ich glaube, es hat noch niemand die Frage aufgeworfen, wie es wohl kommt, daß den gelehrten Juristen, die im Juristentage und sonst im öffentlichen Leben Deutschlands eine analoge Funktion üben, wie unsre Fachgenossen, derartige Einwürfe niemals gemacht sind. Bewußt oder unbewußt war der »Verein für Sozialpolitik« eine Nachahmung des Deutschen Juristentages. Ja, sein erster Präsident war auch Präsident des Juristentages. Wie steht es mit der Strafrechtswissenschaft und ihrem Verhalten zur praktischen Strafrechtspolitik, mit den Urteilen ihrer Lehrer über die Zulässigkeit oder Verwerflichkeit der Todesstrafe, über Geschworenengerichte, Schöffengerichte, Juristengerichte? Sie arbeiten der Gesetzgebung vor, sind beständig — gleich den Juristen anderer Fächer — mit Forderungen an die Gesetzgebung beschäftigt. Niemand rügt das. Sollte der Unterschied nicht lediglich darauf beruhen, daß die wirtschaftlichen Interessenkämpfe die Luft so viel schwüler machen, während im methodischen Sinne die beiderlei Arten des Stoffes ganz gleichartige Aufgaben stellen?

Ein anderer Punkt. Ich habe (ohne Erfolg für die vorliegende Schrift) auf den fließenden Charakter des Wortes »Kathedersozialismus« früher schon hingewiesen. Die davon Betroffenen haben diese Bezeichnung, die durchaus zu ihrer Schädigung und mit entsprechendem Erfolg geprägt worden, mit Humor oder Uebermut oder Gelassenheit auf sich genommen. Aber wie weit der Kreis der davon getroffenen Persönlichkeiten reicht, ist bis zur heutigen Stunde unklar geblieben. Eins ist sicher. Die immer wiederholte Identifizierung von »Historismus« und »Kathedersozialismus« ist nicht aufrecht zu erhalten. Kann man den Gelehrten, der vorne an im Kampfe gestanden und auf den in erster Reihe die Pfeile dieses Wortes gerichtet waren, der aber im Gegensatz zum »Historismus« stand, immer wieder übersehen wollen? Und die österreichische Schule! Sie hat sich — ich wiederhole es gleichfalls — gegen den Vorwurf feierlich gewendet, daß ihre Methode ein Hindernis für sie sei, Sozialpolitik und Sozialreform gerade so ernsthaft anzustreben, wie die Deutschen Kathedersozialisten von der historischen oder sonst einer methodischen Richtung. Daß die österreichischen »akademischen Nationalökonomen« ihre Forderungen an die Regierung noch weiter trieben als die deutschen Kathedersozialisten, daß sie statt bloß im »Verein für Sozialpolitik« oder auf dem Katheder ihre Forderungen geltend zu machen, Staatsminister wurden, das mag

von dem Studierzimmer des Professors aus gesehen — und noch aus anderen Gesichtspunkten — im persönlichen Sinne nicht beneidenswert sein; aber es ist aus dem Standpunkte unserer Wissenschaft erst recht eine Genugtuung, wenn hervorragende Forscher, die unterdessen die Tinte des Studierzimmers niemals trocken werden lassen, die sozialpolitischen und finanzpolitischen Forderungen in die Gestalt von Gesetzen bringen, und wir könnten uns freuen, wenn wir in Preußen und im Reiche auch einmal dahin gelangten, Minister zu haben, die eine solche berufswissenschaftliche Bildung in ihr Amt mitbringen.

Wie sehr die behauptete Unabhängigkeit von allen praktischen Tendenzen auf Seiten unserer Gegner durch eine deutliche Parteinahme überwuchert wird, ist an der Leugnung jedes Wertes dieser geistigen Kräfte für das Staatsleben zu beobachten, einer Leugnung, die mit dem übereinstimmt, was wir aus gewissen Sphären des praktischen Geschäftslebens zu hören gewohnt sind. Keine Kenntnisse, keine Bildung, keine geistige Kultur, keine Ansprüche auf ein besseres Urteil und auf gebührenden Einfluß, die der wissenschaftlichen Zucht entspringen — es ist in lehrreicher Weise der gemeinsame Zug, der die Abneigung der Sozialdemokratie gegen ihr »akademisches« Anhängsel mit dem unsicheren Selbstbewußtsein der Industriekapitäne verbindet. Es muß diesem letzteren zur höchsten Befriedigung gereichen, wenn aller Unterschied hinweggewischt wird, der den Ansprüchen geistiger Ueberlegenheit auf gebührenden Einfluß im öffentlichen Leben entspringt, und wenn sie diesen Erfolg der Krisis in der Deutschen Volkswirtschaftslehre und den »akademischen Nationalökonomen« verdanken können.

Es war nicht das Gebiet der Wirtschaftspolitik, es war die größere Frage der Neugestaltung Deutschlands, für die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts sich die akademischen Historiker eingesetzt haben. Sie konnten es damals nicht »beweisen« und ihre Nachfolger können es noch heute nicht beweisen, daß das, was sie für Deutschland angestrebt haben, das Beste war unter den verschiedenen Möglichkeiten. Man kann sich auch vom Standpunkte der Geschichtsforschung oder Geschichtschreibung eine strengere Methode denken und wünschen, als die von ihnen geübte parteimäßige, auf praktische Ziele gerichtete. Aber Parteimäßigkeit und praktische Ziele müssen doch nun einmal sein und haben für die großen Fragen Deutschlands sein müssen.

Soll nun jenen patriotischen Männern mit Vorwürfen gedankt werden dafür, daß ihre geistige Ueberlegenheit dem voraufgegangenen Zeitalter zu Hilfe kam, und mit der Zufriedenheit darüber, daß an ihrer Stelle heute die Anwälte der wirtschaftlichen Interessen sitzen, ungestört durch die Führer der geistigen Kultur? Daß der leidenschaftlichste und subjektivste Patriot unter jenen Geschichtsprofessoren den Kathedersozialisten von dem Verfasser an andrer Stelle als Lehrer der »Objektivität« entgegengehalten wird, steht damit in seltsamem Widerspruch.

IV.

Die Abgrenzung des Kathedersozialismus ist als Erscheinung eines bestimmten Zeitalters (der letzten vierzig Jahre) schwierig, wie wir vorhin bemerkt haben. Es sind tatsächlich Professoren von Anfang an in dem Kreise und im Ausschusse des Vereins für Sozialpolitik gewesen und sind darin heute noch, die etwa bei dem Streite zwischen *Schmoller* und *Treitschke* auf der Seite des letzteren standen (und stehen) ohne daß — das ist bezeichnend für diesen Kreis — derartiges jemals in die Oeffentlichkeit hinausgetreten ist, weil keinerlei Anlaß dazu gemäß dem Arbeitsgebiet des einzelnen Mannes war. Jedoch nicht nur diese Art der Begrenzung ist schwer. Die Grenzen fließen zeitlich über die Schranken der letzten vierzig Jahre weit zurück. Es wird den Kathedersozialisten allerhand vorgeworfen, was nicht von ihnen kommt, was vielmehr die Tradition des Faches mit sich gebracht hat. Jeder Kenner der früheren Literatur und der früheren Debatten darüber entsinnt sich bei dem Tadelswort einer »Rezeptensammlung« für die Wirtschaftspolitik, daß eben dieses Wort dem »Lehrbuch der politischen Oekonomie« von *Karl Heinrich Rau* von dem Historismus entgegengehalten wurde. Daß *Rau* und seine Zeitgenossen im deutschen Staatsleben andere Bedingungen der öffentlichen Teilnahme in formellem und materiellem Sinne vorfanden als die Kathedersozialisten, daran sind weder die Einen noch die Andern schuld, weder im Guten noch im Schlimmen. Ja noch mehr. Die Begründer unserer Wissenschaft, die Physiokraten, *Adam Smith* und dessen Nachfolger, waren höchst unbequeme Störenfriede des Bestehenden. Ihre abstraktesten Lehrsätze waren moralisch-politische Forderungen an den Staat und an die Gesetzgebung. Die Physiokraten haben sich durch ihre praktischen Erfolge in der französischen Revolution bei den wohlgesinnten

Leuten derart kompromittiert, daß ein Herausgeber des *Adam Smith (W. Playfair)* seinen verstorbenen Freund gegen den Verdacht einer Freundschaft mit den Physiokraten in Schutz nimmt. *Adam Smith* selber aber hat Aeußerungen getan, die einem Kathedersozialisten (oder allen miteinander) unablässig vorgehalten werden würden, wenn er dieselben getan hätte. Nicht in seinem Werke, sondern auf dem Katheder, wie uns die neuerdings veröffentlichten Vorlesungshefte zeigen. Da heißt es: »er, der die Last der Gesellschaft trägt, hat die wenigsten Vorteile davon . . das Volk, das die ganze Welt kleidet, geht selber in Lumpen« (Lectures on Justice, Police, Revenue and Arms, delivered in the University of Glasgow 1763. Ed. by Edw. Cannan, Oxford 1896). Daß *Ad. Smith* diesen traurigen Zustand des arbeitenden Volkes, gleich den Physiokraten, durch Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte verbessern wollte, und nicht durch staatliche Eingriffe, ist ebenso gut Sozialpolitik wie diejenige, die der staatlichen Eingriffe nicht entraten konnte. Und andres, so die Entwicklung der Arbeiterkoalitionen durch die Herstellung des Koalitionsrechtes, hat er gerade so gut angestrebt wie die Kathedersozialisten.

Den »Schwachen« wollten alle miteinander helfen, ob man nun diese Schwäche so hart bezeichnete wie *Ad. Smith* oder nicht. Daß sie nicht schwach seien, ihre Gegenpartei nicht die Starken, ist abermals nur dem alltäglichen Rüstzeug der Tagespolemik entnommen. Vor 40 Jahren haben die Manchestermänner es den Kathedersozialisten gesagt; jetzt sagen es die Agrar-Konservativen und Großindustriellen, ja es sagt es jede Hausfrau, die um eine Köchin in Verlegenheit ist. Hier wird eine Seite der äußeren Erscheinung mit der Hauptsache verwechselt. Ich habe — in der begründeten Meinung, etwas oft Gesagtes für einen praktischen Zweck zu wiederholen — diesen Ausdruck gebraucht nicht einmal aus Anlaß von Lohnkämpfen und Arbeitsstreitigkeiten, sondern gelegentlich der Steuerreform des Reiches (1908—9) im Hinblick auf die bescheidene Fortbildung der Reichserbschaftssteuer, die damals geplant war, aber durch schmähliche Selbstsucht, sei es in der Richtung der politischen Herrschaft, sei es der Steuerbelastung, hintertrieben wurde. Sie seien keineswegs die Schwachen — so wird nun eingewendet — die wirtschaftlich Schwachen sind im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts die politisch Starken. Ich habe gesagt, daß trotz des allgemeinen Wahlrechts im Deutschen Reichstage die Vertreter der besitz-

losen Klassen weit davon entfernt sind, die Mehrheit zu haben. Dagegen wird erwidert, daß alle Parteien, von der Rechten bis zur Linken, sich heute um die Gunst der Wählermassen bemühen und in ihrem Programm (!) ihnen etwas zu bieten suchen. Dadurch in allererster Linie, und nicht durch die Lehren der Kathedersozialisten über das, was sozial gerecht sei, ist das Wettrennen der Parteien bei der Stellung sozialpolitischer Anträge entstanden. Mit Dank für diese Entlastung der Kathedersozialisten wäre hier zu bemerken, daß unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems in der preußischen Volksvertretung (bei dem doch wohl von der behaupteten Stärke der angeblich Schwachen nicht die Rede sein kann) ohne ein derartiges Wettrennen der Parteien die Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts, die weit verbreitete Erhöhung der Gehälter für die große Masse der unteren Beamten, die progressive Fortbildung der direkten Steuern in den letzten zwei Jahrzehnten durchgesetzt worden ist, während im Reichstage jene Steuerreform von 1908—9 mißlungen ist.

Indessen mit der behaupteten Stärke der unteren Klassen wird ja um die Hauptsache herumgeredet. Sie mögen zehnmal umschmeichelt und umworben werden — es ist nicht die Schwäche im Wahlkampfe, auch nicht im Lohnkampfe, es ist die immer noch vorhandene ungeheure Masse des Elends, das trotz vieler Fortschritte (aus der Kraft des wachsenden Wohlstandes, der Bemühungen der Gesetzgebung und Verwaltung, zum Teil der organisierten Selbsthilfe) als unwandelbares Problem vor uns liegt. Keinerlei Krisis der deutschen Volkswirtschaftslehre, auch nicht die eisige Kühle des reinen Forschers, wird jemals imstande sein, dieses ungeheure Problem der gesitteten Menschheit wegzuwälzen. Es liegt da und es bleibt eine Hauptaufgabe, ja die Hauptaufgabe aller Kulturvölker.

Diese ganze Redeweise der Ungeduld über die endlosen sozialpolitischen Forderungen, die sich an den Staat richten, sie ist abermals ein Stück angeblich reiner Wissenschaftlichkeit, in Wahrheit unreinen Niederschlages aus den bekannten Grundanschauungen der also gesinnten Parteiblätter, in denen von einer Umwerbung der arbeitenden Klassen wenig zu bemerken ist.

Es ist undenkbar, daß der Strom der Sozialreform zurückgelenkt oder nur zum Stillstand gebracht werden sollte. Alles, was unsere Gesetzgebung bisher getan hat, ist weit mehr ein Hinweis auf die große Schuld, die noch zu tilgen ist, als ein Ab-

schluß getaner Arbeit, auf deren Lorbeeren man auszuruhen habe. Die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist nicht nur in ihren ältesten, d. h. zuerst angebauten Gebieten, der Fortbildung höchst bedürftig; sie hat auch die Blicke geöffnet für alle die namenlose Barbarei, die man nicht gesehen hat, so lange die einseitige Reform der Fabrikarbeit das Auge blendete. Die Arbeiterversicherung, die mehr und mehr dem deutschen Beispiele auch in Westeuropa folgt, ist erst recht nur ein Anfang zu Größerem. Zurücknehmen läßt sich das gewährte Kleinere nicht, dagegen treibt es ruhelos vorwärts.

Die neuerdings immer wieder (in der alten manchesterlichen Weise) von den wenigen Männern der reinen Wissenschaftlichkeit vorgebrachten Klagen über die wachsenden Eingriffe und die zunehmende Bureaukratie gehören mit zu dem gleichen Kapitel. Darüber klagen ist sehr leicht, das ändern ist sehr schwer. Wenn das Wohnungswesen der großen Masse der Bevölkerung sich ohne strenge Gesetze und strenge Inspektion reformieren ließe, so wäre das aufs freudigste zu begrüßen. Leider zeigt sich, daß es nicht möglich ist. Wie wenig der Ruf nach dem Stillstande der sozialen Reformen und der überwachenden Kontrollen begründet ist, zeigt dieses Beispiel in hervorragender Weise. Das Gewissen für die schweren Mißstände ist einmal erwacht, es läßt sich nicht wieder betäuben.

Lehrreich ist, wie dieser Zug der Gesetzgebung und der öffentlichen Kontrollen durch die Welt geht. Was bei uns, in dem mit »Polizei« gesegneten Deutschland, bisher nur von radikalen Geistern diskutiert wurde, es ist seit Jahren Gesetz in mehreren Staaten der Union Amerikas — Verbot der Eheschließung ohne vorgängige Gesundheitskontrolle. In der Hauptstadt eines der fortschrittsfreudigsten Staaten jenes Reiches ist eine kommunale Küchen-Inspektorin angestellt, die über die Reinheit der in den Gasthäusern hergestellten Speisen wachen soll! Gewiß folgen allenthalben einmal Enttäuschungen und Rückschläge; die Gesetzgebung ist von selber nicht immer fähig, auf gerader Bahn vorwärts zu kommen. Aber zunächst ist dieses wahrscheinlich für eine längere Zeit die Richtung der Sozialpolitik allenthalben. Daß die Kathedersozialisten davon freigesprochen werden, das verschuldet zu haben, ist sehr freundlich. Aber vielleicht haben sie (nach dem Beruf ihrer Wissenschaft) manches früher kommen sehen, als andere Leute.

V.

Die alte deduktive Methode der klassischen Nationalökonomie sei von den Kathedersozialisten deshalb bekämpft worden, weil die Ergebnisse derselben ein großes Hindernis für die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben bildeten. Man vollzog den Bruch mit der ganzen bisherigen wissenschaftlichen Entwicklung usw. Dieser Ansicht widerspricht die Tatsache, daß *Ad. Wagner* am entschiedensten an der deduktiven Methode festhielt und zugleich derjenige unter den Kathedersozialisten war, der die weitestgehenden Eingriffe des Staates forderte, ja um dessentwillen zum Haupte eines Ausbaues oder Seitenflügels des Kathedersozialismus gemacht wurde — des »Staatssozialismus«. Die Richtung des »Historismus« hat seine weitergehende Neigung zu staatlichen Eingriffen gerade mit seiner deduktiven Methode in engen Zusammenhang gebracht, um für sich selber den Anspruch auf die Mäßigung der von ihr geforderten Eingriffe aus der historischen Richtung und der Abneigung gegen die deduktive Methode herzuleiten. Die österreichische Schule, ihrerseits die Fortbildnerin und entschiedene Verteidigerin der deduktiven Methode, hat sich — wie wir wissen — dagegen verwahrt, daß aus ihrer Methode das Festhalten am alten Laissez-faire und die Abneigung gegen staatliche Eingriffe folge. Auch hat sie dieses im einzelnen auf dem Boden des »Vereins für Sozialpolitik« betätigt.

Mir selber wird entgegengehalten, daß ich mich bei verschiedenen Gelegenheiten verschieden über die Anerkennung und Nichtanerkennung wirtschaftlicher Naturgesetze ausgesprochen habe. Der behauptete Widerspruch fällt zu Boden, wenn ich feststelle, daß ich jederzeit und allenthalben die Möglichkeit physikalischer Gesetze für das Wirtschaftsleben bestritten, also Naturgesetze im strengen Sinn abgelehnt habe; dagegen habe ich niemals die Möglichkeit und die Aufgabe einer Erkenntnis derjenigen Art von Regelmäßigkeiten geleugnet, die aus der Natur der wirtschaftlichen Vorgänge sich ableiten lassen. Wenn ich bei einer Erörterung, die einem ganz anderen Gegenstande gewidmet war, als einem ökonomischen, da wo ich von der Vorbildung für das Universitätsstudium redete, gleichnisweise die »Natur der Dinge« betonte, derzufolge die gesetzliche Wertrelation der französischen Doppelwährung vom Marktwerte über den Haufen geworfen wurde (um die behauptete »Gleichwertigkeit« der Oberrealschule mit dem

alten Gymnasium als eine äußerlich auferlegte, innerlich aber erst zu erprobende zu bestreiten) — so ist das in vollkommenem Einklang mit meinen grundsätzlichen Ansichten über die Methode und die Wahrheiten unseres Faches geschehen. Niemals habe ich gemeint, der Mangel an strengen Naturgesetzen gebe der Willkür einer abenteuerlichen Gesetzgebung für die Volkswirtschaft Raum — ebensowenig wie die Willkür des Gesetzgebers aus der Oberrealschule mehr machen kann, als sie wert ist.

Hiemit verwandt ist der andere Vorwurf, daß ich Erkenntnis und Ueberzeugung habe ineinander schillern lassen. (Hier wird ein anderes Wort, einer jener Ausdrücke gebraucht, die in die neue Richtung gehören.) Was ich gesagt habe (in dem 1. Artikel) ist dieses: »Daß wir keine mathematisch-physikalischen Beweise für die Gerechtigkeit besitzen, darf uns nicht hindern, an die Objektivität einer Gerechtigkeit, die sich in der Geschichte fortschreitend offenbart, dennoch zu glauben . . . Es ist die Erkenntnis, die Ueberzeugung einer großen Anzahl von Subjekten. Sie kommt nicht in diesen Subjekten bloß zum Ausdruck. Sie ist der Niederschlag der Gesamtintelligenz von Jahrhunderten, die wir als wissenschaftliche Erkenntnis zusammenfassen.« Wenn man, wie ich, auf physikalische Wahrheiten für die historische Welt verzichtet, so verzichtet man auch darauf, dem Worte »Erkenntnis« einen gleichen Rang mit dem Besitze von Naturgesetzen beizulegen. Durch diese minder anspruchsvolle Wertung der historischen Erkenntnis verschwindet der Abstand eines erkannten Naturgesetzes und einer Ueberzeugung. Gerade aus meinem Standpunkte folgt daher das Recht der von mir gebrauchten Nebeneinanderstellung der beiden Worte »Erkenntnis« und »Ueberzeugung«. Das alte Sittengesetz »Du sollst nicht töten« ist auch keine Erkenntnis in naturwissenschaftlichem Sinne, aber eine historische Erkenntnis, die sich betätigt in der verbreiteten Ueberzeugung.

Daß ich nun die historische Erkenntnis und die auf solche Erkenntnis gestützte Ueberzeugung der Gelehrten höher werte als die Ueberzeugung einer beliebigen Gruppe von Zeitgenossen, daß ich den wissenschaftlichen Männern unseres Faches einen höheren Grad von Einsicht in die Aufgaben der Wirtschaftspolitik zubillige als irgendwelchen anderen Gruppen, die den Mangel an wissenschaftlicher Schulung des Denkens und an gelehrtem Ueberblick über das Ganze einer Reformaufgabe durch die Stärke ihrer eigen-

süchtigen Interessen ersetzen — daß ich diese Ansicht gegen einen Fachgenossen zu verteidigen habe, das würde ich allerdings für eine wahrhafte Krisis der deutschen Volkswirtschaftslehre halten müssen, wenn unglücklicherweise eine größere Zahl von gleichgesinnten Gelehrten zu der Gegnerschaft sich gesellen sollte. Indessen so weit sind wir noch nicht. Die einfache Erklärung der Tatsache beruht inzwischen darin, daß die Extreme sich berühren, wie so oft. Die vermeintliche Abstraktion der wissenschaftlichen Methode von aller praktischen Zweckbestimmung, von allem »Politischen« zeigt die unverkennbaren Züge der politischen Gesinnungsgemeinschaft mit jenen Zeugen der von keiner Wissenschaft getrübten Wahrheit.

Wie vorhin ein Beispiel gegeben ward, daß der Verfasser aus einem Aufsatze von mir, der mit Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik garnichts zu schaffen hat, eine harmlose Wendung als Argument gegen mich entnimmt, das in nichts zerfällt, so auch in anderen Fällen. Es ist ja ein liebenswürdiges Interesse für meine Schriften, das er in den zahlreichen Zitaten aus ihnen bekundet, obschon nicht in freundlicher Absicht. Aber es ist für einen Schriftsteller unmöglich, in einem völlig andersartigen Zusammenhange die Worte so zu setzen und die Sätze so zu erweitern, daß auf jede denkbare Invektive gerechnet und dafür ein entsprechender Kommentar gegeben wird. Vor wenigen Monaten (in dem Aufsatze über »Stiftungsuniversitäten und Staatsuniversitäten«, Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kultur und Technik, 13. Mai 1911) kam ich darauf zu sprechen, oder berührte vielmehr nur in leisen Andeutungen die mancherlei Schicksale, die den Professuren der Staatswissenschaften unter der preußischen Universitätsverwaltung seit 40 Jahren beschieden waren. Ich erwähnte dort, daß zu Anfang des Jahres 1873 der Unterrichtsminister den Vorschlag einer Fakultät nicht genehmigte, weil er »nicht lauter Kathedersozialisten berufen wollte«. Es war für den Zweck unerheblich, näher zu erörtern, eine wie große Zahl an kathedersozialistischen Professoren mit diesen Worten des Unterrichtsministers (mit Recht oder mit Unrecht) gemeint war. Der Herr Verfasser, als Anwalt einer strengen Methode, der *Schopenhauer*s Warnung uns soeben vorgeführt hat, hätte keine große Mühe daran zu setzen brauchen, um auch für den vorliegenden Fall festzustellen, daß selbst die Worte eines Ministers der wissenschaftlichen Kritik bedürfen. In der Tat betrug da-

mals die Zahl der Kathedersozialisten auf preußischen Kathedern nur vier, davon nur 2 Ordinarien und diese nicht von diesem Unterrichtsminister ernannt (Königsberg, Greifswald, Göttingen, Marburg, Halle, Kiel hatten keinen Kathedersozialisten). Und was macht nun der Herr Verfasser aus meinen Worten? »Auf die förmliche Invasion der (sic) volkswirtschaftlichen Lehrstühle durch kathedersozialistische Professoren, die sich damals vollzogen haben muß, weist in sehr bezeichnender Weise eine Aeußerung des damaligen preußischen Kultusministers hin, die *G. Cohn* berichtet.« Um eine »Invasion« daraus zu folgern, dazu genügte jene Aeußerung des Ministers nicht. Wohl aber genügte sie nicht nur, sondern war vorzugsweise geeignet für das, was ich an jener Stelle zeigen wollte.

Ueber die großen Vermögenskonzentrationen habe ich einmal gesagt, »wörtlich gesagt«, daß sie ihren Besitzern selber zum Unheil gereichen und jedem vernünftigen Maßstabe kulturgemäßen Bedarfs Trotz bieten. Wenn, bemerkt dazu der Verfasser, die Sozialdemokraten im Reichstage das Einkommen bestimmter einzelner Familien, wie es z. B. im Winter 1910—11 geschah, als unsinnig hoch bezeichnen, so ziehen sie damit nur die praktischen Konsequenzen aus den allgemeinen Sätzen, welche die Kathedersozialisten aufgestellt haben. Darauf entgegne ich: das mögen sie in Gottes Namen tun. Verhindern kann ich es nicht, selbst wenn ich es möchte. Auch brauchen sie sich nicht auf mich zu berufen, um es zu tun. Aber, wenn sie Wert darauf legen sollten, so mögen sie es tun. Es gibt jetzt rein wissenschaftliche Forscher in Deutschland, deren entgegengesetzte »unparteiische«, »unpolitische« Ansichten jene Familien dafür entschädigen können. Und mehr als entschädigen.

Eine Probe der von der Ethik befreiten Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik ist der folgende Satz: »Die lauten Klagen über Unterernährung, die immer noch ertönen, und die Heftigkeit der Wünsche, das Einkommen der unteren Klassen immer mehr zu steigern, die wir tagtäglich hören oder lesen müssen, beweisen nichts gegen die Richtigkeit dieser Auffassung (nämlich daß vielleicht noch nie die Lage der unteren Volksklassen eine so günstige, ihr Konsum ein so reichlicher gewesen ist, wie in der Gegenwart). »Die Heftigkeit der Wünsche, das Einkommen der unteren Klassen immer mehr zu steigern«, — in Preußen zahlt die Hälfte der Bevölkerung dem Staate keine

Einkommensteuer, weil diese erst (!) bei einem Einkommen von 900 Mark beginnt.

Daß große Fortschritte gemacht sind, wird glücklicherweise von keiner Seite bestritten. Wie *Karl Marx* in seinem »Kapital« von den Berichten der englischen Fabrikinspektoren hingerissen wird zum Lobpreisen, während er ausgegangen war zu fluchen — so wird der Fortschritt des Einkommens und der Lebenshaltung in den arbeitenden Klassen, der im Deutschen Reiche sich vollzogen hat, auch von denen anerkannt, welche die Möglichkeit eines Fortschrittes derart auf dem Boden der heutigen Gesellschaft grundsätzlich bestritten hatten. Diese erfreuliche Erscheinung steht der ferneren Erkenntnis nicht im Wege, daß noch unendlich viel mehr zu tun ist, ja daß es eine Menge von Mißständen gibt, die von jenen Fortschritten noch gar nicht berührt sind.

Endlich eine letzte Bemerkung.

Wenn zwei so heftig und so oft miteinander in Streit geraten, dann pflegt nicht alle Schuld auf der einen Seite zu liegen — meint der Verfasser von den Streitigkeiten zwischen den Kathedersozialisten und der Presse der Unternehmerkreise. Es sei auf beiden Seiten viel gefehlt worden, auch im Tone; er scheint sogar zuzugeben, daß im Tone der Unternehmerpresse weit mehr gefehlt worden sei, als im Tone der Kathedersozialisten. Möchte da nicht die Einsicht nahe liegen, daß wenn »akademische Nationalökonomen« untereinander sich bekämpfen, der Ton dieser Debatten einigermaßen auf dem herkömmlichen Niveau gehalten würde? Ist es, um von andern Beispielen zu schweigen, ein angemessener Ton, wenn man die verbreitete Art der Behandlung des Faches bei dem Universitätsunterricht als Anlaß nimmt, sie eine »Animier-Nationalökonomie« zu nennen? Damit meint der Verfasser die Neigung der akademischen Lehrer, ihre Zuhörer für die von ihnen angestrebten Reformen zu begeistern, zu erwärmen, statt zu erleuchten. Ist es angemessen, aus solchen Sphären die Bilder zu entlehnen, mit denen man die Ansichten wissenschaftlicher Gegner bekämpft?